

Interpellation 246

Eingang Stadtkanzlei: 8. November 2018

Vielfältiges und gestärktes Leben mit Behinderungen in der Stadt Luzern

Das Bild von Menschen mit Behinderungen und ihre Lebensrealitäten in unserer Gesellschaft verändern sich laufend. Ein früheres defizitorientiertes, fürsorgliches Verständnis ist einer ressourcenorientierten und selbstbestimmten Auffassung gewichen. Als wegweisende Meilensteine gelten das Eidg. Behindertengleichstellungsgesetz (2004) und die Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention (2014). Im Frühjahr 2018 hat der Kanton Luzern ein Leitbild¹ für das Zusammenleben mit Menschen mit Behinderung verabschiedet. Dieses orientiert sich an den Grundsätzen der Menschenwürde, Teilnahme und Teilhabe und Chancengerechtigkeit und sieht folgende Vision vor:

«Der Kanton Luzern und seine Bevölkerung sehen die Vielfalt der Menschen als Stärke und bekennten sich zu dieser. Alle im Kanton Luzern lebenden Menschen mit Behinderungen nehmen selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teil und gestalten die Gesellschaft mit.»

Das Leitbild bietet mit sieben Handlungsfeldern die Grundlage für den Dialog über ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen:

- Bildung
- Berufsbildung & Arbeit
- Wohnen
- Mobilität & persönliche Veränderung
- Kommunikation
- Gesundheit & Sexualität
- Freizeit & Politik

Politische Behörden, u. a. kommunale, sind aufgefordert, in ihren Zuständigkeitsbereichen auf den Grundlagen des Leitbildes Strategien zu erarbeiten und Massnahmen abzuleiten (S. 5).

Deshalb stellen sich für die SP/JUSO-Fraktion folgende Fragen:

1. Welche Massnahmen werden im Sinne des Leitbildes in der Stadt Luzern bereits umgesetzt?

¹ https://disg.lu.ch/themen/Menschen_mit_Behinderungen/Gleichstellung/Leitbild

2. Wo besteht Handlungsbedarf, um die Anliegen des Leitbildes auch für die Stadt Luzern und ihre Bevölkerung im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche umzusetzen?
3. Wie und mit welchem Zeitplan gedenkt der Stadtrat diesem Handlungsbedarf zu begegnen?
4. Inwiefern werden Menschen mit einer Behinderung bei der Umsetzung von Massnahmen einbezogen?

Maria Pilotto
namens der SP/JUSO-Fraktion